

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

07. Juli 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 06.07.14 wurden bei der Explosion einer Bombe auf einem Markt im Distrikt Maiwand in der Provinz Kandahar vier Zivilisten, ein Soldat und ein Polizist verwundet. Der Polizist erlag später seinen Verletzungen.

In der Nacht zum 05.07.14 explodierten in der Nähe von Kabul nach Raketenbeschuss zahlreiche geparkte, mit Benzin gefüllte Tanklastzüge. Je nach Quelle ist von mehreren Dutzend bis 400 Fahrzeugen die Rede. Personen scheinen nicht zu Schaden gekommen zu sein. Ein Sprecher der Taliban erklärte, die Fahrzeuge der ausländischen Einsatzkräfte seien aus taktischen Gründen zerstört worden.

Am 02.07.14 starben nach Angaben des afghanischen Verteidigungsministeriums beim ersten Selbstmordanschlag seit Beginn des Fastenmonats acht Luftwaffensoldaten und der Attentäter; 16 Personen, darunter auch Zivilisten, wurden verletzt. Der Angreifer sprengte sich neben einem Militärbus in einem stark abgesicherten Gebiet nahe der Universität in die Luft.

Bei einem Angriff afghanischer Kampfhubschrauber im Distrikt Jorm in der Provinz Badachschan wurden elf Kämpfer der Taliban getötet.

Pakistan

Sicherheitslage

Nach einer zweiwöchigen Luftoffensive gegen Stellungen von Extremisten in Nordwaziristan begannen die pakistanischen Streitkräfte am 30.06.14 mit einer Bodenoffensive. Seit Beginn der Operationen am 15.06.14 wurden nach Armeeangaben 376 Terroristen und 17 Soldaten getötet sowie 61 Stellungen von Terrorgruppen zerstört. 19 Terroristen sollen sich den Sicherheitskräften ergeben haben.

Anklagen wegen Steinigung einer Schwangeren

Fünf Männer, die im Mai dieses Jahres eine schwangere Frau vor einem Gerichtsgebäude in Lahore gesteinigt hatten, müssen sich ab 07.07.14 vor Gericht verantworten. Dem Vater, zwei Brüdern, einem Cousin und dem geschiedenen Mann der Getöteten werden „Mord, Folter und Terrorismus“ vorgeworfen. Der Steinigung sollen Polizeibeamte ebenso wie Anwälte und weitere Personen tatenlos zugesehen haben. Die Getötete wollte in einem Verfahren gegen ihren derzeitigen Ehemann zu dessen Gunsten aussagen. Ihre Familie hatte ihm vorgeworfen, die Frau entführt und zur Heirat gezwungen zu haben.

Syrien

„Islamischer Staat“ baut Macht in Syrien aus.

Die Terrorgruppe „Islamischer Staat (IS)“, so bezeichnet sich ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien) bzw. ISIL (Islamischer Staat im Irak und der Levante) seit kurzem, nahm das wichtige Ölfeld Omar in der Nähe von Deir ez-Zor ein, das die al-Nusra Front zusammen mit anderen islamistischen Milizen in Gefechten mit der syrischen Armee im November 2013 erobert hatte. Die Miliz beherrscht in Syrien damit im Norden und Osten Syriens eine Region, die von der irakischen (vom Ort Abu Kamal) bis an die türkische Grenze

und bis an die nordöstlichen Ränder der Stadt Aleppo reicht und fünfmal so groß ist wie das Nachbarland Libanon.

Irak

Entwicklung der Lage

Die Situation in Irak ist weiterhin unübersichtlich, bewaffnete Auseinandersetzungen sowie Attentate in verschiedenen Regionen Iraks gehen unvermindert fort.

Nach Angaben der UN vom 01.07.14 kamen in Irak im Juni 2014 mehr als 2.400 Menschen ums Leben. Im Mai hatten die UN 800 Tote und im April 750 Tote registriert.

Bei einer Großoffensive gegen IS in der Nacht vom 29.06./30.06.14 in der Stadt Tikrit gelangen der irakischen Armee offenbar erste Erfolge. Berichten zufolge konnte die Armee die Kontrolle über Gebiete am Rande der Stadt übernehmen (vgl. BN v. 30.06.14). Gefechte wurden auch aus dem Ort Baidischi gemeldet. Dort liegt eine der wichtigsten Ölraffinerien des Landes. Einen Angriff auf die Raffinerie konnte die irakische Armee abwehren. Dabei sollen nach eigenen Angaben zwölf IS-Kämpfer getötet worden sein. Bei Zusammenstößen der irakischen Armee mit Anhängern des schiitischen Geistlichen al-Sorchi starben am 01.07.14 in der Stadt Kerbela 20 Menschen. Nach Angaben irakischer Medien kam es auch in der Stadt Diwanija südlich von Kerbela zu Auseinandersetzungen, worauf die Regierung eine Ausgangssperre verhängte. In dem mehrheitlich von Kurden bewohnten Ort Zur Maghar sollen IS-Kämpfer laut Angaben einer kurdischen Nachrichtenagentur vom 05.07.14 zehn Stammesführer und ältere Autoritäten hingerichtet und zur Abschreckung an Pfählen hängen gelassen haben.

Auch die seit Mitte Juni von IS eingenommene Stadt Mosul bleibt weiter umkämpft. Dort wurde mittlerweile islamisches Recht eingeführt. Ferner wird berichtet, dass in Mosul verbliebene Christen eine Kopfsteuer zu zahlen hätten. Etwa 5.000 Christen sollen nach Angaben des Erzbischofs von Mosul seit Übernahme der Stadt durch IS aus Mosul geflohen sein. Auch hunderttausende Muslime versuchten, sich aus dem Gebiet in Sicherheit zu bringen.

Parlamentssitzung endet im Chaos

Die konstituierende Sitzung des im April gewählten irakischen Parlamentes am 01.07.14 ist gescheitert. Die Abgeordneten konnten sich nicht auf die von der Verfassung vorgeschriebene Wahl eines Regierungschefs verständigen und vertagten die Sitzung. Ministerpräsident al-Maliki strebt trotz der politischen Krise eine weitere Amtsperiode an und lehnt Rücktrittsforderungen erneut ab. Aufgrund des Vormarsches der IS rief Iraks höchster schiitischer Geistlicher, Großajatollah Ali al-Sistani, die führenden Politiker des Landes auf, die Regierungsbildung zu beschleunigen.

IS-Kalifat

Nach Ausrufung eines Kalifats (vgl. BN v. 30.06.14) richtete IS-Chef al-Baghdadi am 01.07.14 eine weltweite Audiobotschaft an die Muslime, in der er aufforderte, in die von IS besetzten Gebiete zu kommen und den Aufbau eines islamischen Staates zu unterstützen. Medien berichteten von einer weiteren Audiobotschaft, in der IS mitteilte, ihr Gebiet bis Jerusalem ausdehnen zu wollen. Am 04.07.14 soll sich al-Baghdadi erstmals in einem von der Gruppe veröffentlichten Internet-Video der Öffentlichkeit gezeigt haben. In einer Freitagpredigt in der al-Nouri-Moschee in Mosul soll sich al-Baghdadi zum „Kalifen aller Muslime“ ausgerufen und zum „Heiligen Krieg“ aufgerufen haben. Die Echtheit des Videos wird von den Behörden noch geprüft. Gleichzeitig begann IS in Mosul und der Provinz Ninive mit der systematischen Zerstörung schiitischer und christlicher Heiligtümer sowie der Heiligtümer sunnitischer Sufis.

Kurden planen Unabhängigkeitsreferendum

Die Kurden im Nordirak wollen nach Angaben ihres Präsidenten Massud Barsani innerhalb der nächsten Monate ein Referendum über ihre Unabhängigkeit abhalten. Der Irak sei in Wirklichkeit schon geteilt, so Barsani. Al-Maliki warnte die Kurden vor der Gründung eines eigenen Staates. Der Irak sei ein föderaler und demokratischer Staat. Die besetzten Gebiete um Kirkuk müssten wieder unter die Kontrolle der Zentralregierung. Auch die USA, die Türkei und der Iran lehnen eine Unabhängigkeit ab.

Obama verstärkt Truppen

Am 29. und 30.06.14 trafen weitere 200 US-Soldaten in Bagdad ein, um die Sicherheit der amerikanischen Botschaft, deren Einrichtungen sowie den internationalen Flughafen zu schützen. Damit steigt die Zahl der US-Soldaten auf fast 800 an. Zudem stellten die USA zum Schutz der Einrichtungen und der Hauptstadt Drohnen und Kampfhubschrauber ab. Die Entsendung weiterer Soldaten ist wahrscheinlich.

Türkei

Gewalt gegen Frauen

Der Frauenverband „Wir stoppen Gewalt gegen Frauen“ warf der türkischen Regierung vor, keine wirksamen Gesetze zum Schutz der Frauen erlassen zu haben. Angaben türkischer Zeitungen vom 04.07.14 zufolge wurden allein an einem Tag drei Frauen von ihren Ehemännern erschossen (in Istanbul, Adana und Izmir). Nach Angaben des türkischen Internetportals Bianet wurden von Januar bis Ende Juni 2014 129 Frauen von ihren Männern, Verwandten oder Lebensgefährten getötet (gegenüber stehen 88 Tote im Vergleichszeitraum 2013).

Präsidentenwahl

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan ist offiziell Präsidentschaftskandidat der AKP. Die beiden größten Oppositionsparteien CHP und MHP hatten sich bereits auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt, den 70-jährigen Ekmeleddin İhsanoğlu. Die Wahl findet am 10.08.14 statt.

Palästinensische Autonomiegebiete

Festnahmen nach Mord an Palästinenser

Nach dem mutmaßlichen Rachemord an einem palästinensischen Jugendlichen wurden nach Angaben von israelischen Sicherheitskreisen vom 06.07.14 sechs jüdische Verdächtige festgenommen. Der Jugendliche war am 02.07.14 in Jerusalem ermordet aufgefunden worden, nach ersten Ermittlungen wurde er lebendig verbrannt. Ein Cousin des Ermordeten, ein amerikanischer Staatsbürger, soll von israelischen Polizisten misshandelt worden sein. Die Ermittler gehen davon aus, dass der Palästinenser möglicherweise aus Vergeltung für den Tod von drei jüdischen Jugendlichen im Westjordanland ermordet wurde. Nach der Trauerfeier für den 16-jährigen Palästinenser war es am 05.07.14 in Israel erneut zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und der Polizei gekommen. Israels Ministerpräsident Netanjahu signalisierte, dass es derzeit keine Pläne für eine breit angelegte Militäroperation in den Palästinenser-Gebieten gebe, wobei die israelische Luftwaffe als Reaktion auf den anhaltenden Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen (am 04. und 05.07.14 sollen 30 Raketen und Mörsergranaten auf israelischem Boden eingeschlagen sein) jedoch weitere Ziele in dem Küstengebiet angriff, vor allem Abschuss-Stellen für Raketen und Waffenfabriken.

Libanon

Sunnitische Gruppierung will Kirchen im Libanon angreifen

Der libanesische Innenminister Nouhad al-Mashnoug kündigte am 02.07.14 an, die Zahl der internen Sicherheitskräfte von momentan 30.000 auf 40.000 zu erhöhen, um die Kirchen und Moscheen Libanons besser schützen zu können. Er reagierte damit auf eine Drohung der sunnitischen Gruppierung „Brigade der freien Sunniten von Baalbek“, die sich zu den Zielen der islamistischen Miliz IS bekannt und angekündigt hatte, Kirchen im Libanon, insbesondere in der östlichen Bekaa-Ebene, anzugreifen.

Jemen

Nach Bruch der Waffenruhe heftige Kämpfe

Nachdem am 04.07.14 die Waffenruhe zwischen Regierungstruppen und Aufständischen gebrochen wurde, kam es am Wochenende zu heftigen Kämpfen zwischen schiitischen Kämpfern und dem Militär im Norden des Landes, wobei 34 Soldaten und 70 Aufständische ums Leben kamen. Das Militär hatte am 05.07.14

Luftangriffe gegen Stellungen der schiitischen Huthi-Rebellen nordwestlich der Hauptstadt Sanaa geflogen. Am 05.07. wurden die Kämpfe in der Provinz Amran (Omran), nördlich von Sanaa, fortgesetzt. Im Süden des Landes, in der Provinz Abjan, töteten al-Qaida-Kämpfer sechs Soldaten. Zudem kämpften Separatisten gegen die Zentralregierung.

Saudi-Arabien

Saudi-Arabien stationiert Soldaten an der Grenze zum Irak

Saudi-Arabien hat nach Berichten der staatlichen Nachrichtenagentur SPA 30.000 Soldaten an der Grenze zum Irak stationiert. Zwischen Saudi-Arabien und dem Irak gibt es eine ca. 800 km lange Grenze. Saudi-Arabien sieht sich zwar als Schutzmacht der Sunniten in Syrien und unterstützt sunnitische Rebellen in Syrien im Kampf gegen den syrischen Präsidenten Asad. Die Führung in Saudi-Arabien bestreitet jedoch, den sunnitischen Gruppen im Irak zu helfen. Der „Islamische Staat (IS)“, früher ISIS bzw. ISIL stellt wie andere radikale Gruppen eine Bedrohung für das Land dar, da sie die saudi-arabische Monarchie für illegitim halten.

Ägypten

Zwei Polizisten starben bei dem Versuch, zwei in der Nähe des Präsidentenpalastes versteckte Bomben zu entschärfen. Mehrere Personen wurden bei den Explosionen verletzt.

Bereits am 28.06 hatte die Terrorgruppe Ansar Beit al-Makdis Bombenanschläge angekündigt. Zudem hatte eine neue islamistische Gruppierung namens Adschnad Masr (Soldaten Ägyptens) erklärt, sie habe Bomben nahe dem Präsidentensitz versteckt, diese aber nicht gezündet, um Zivilisten zu schonen.

Intifada der Muslimbrüder

Für den 03.07.14, den Jahrestag des Sturzes von Präsident Mursi, hatten dessen Anhänger eine Intifada (Volksaufstand) angekündigt. Es sollten in Kairo Protestmärsche von 35 Moscheen aus stattfinden. Die Sicherheitskräfte schlugen am 03.07.14 die Proteste nieder. Nach ihren Angaben gingen sie mit Tränengas und Schüssen gegen die Demonstranten vor und nahmen mehr als 200 Personen fest.

Führer der Muslimbruderschaft erneut verurteilt

Ein Gericht in Kairo verurteilte Mohammed Badie sowie weitere 37 Führungspersonen der Muslimbruderschaft wegen Aufstachelung zur Gewalt anlässlich einer Demonstration im Sommer 2013 zu lebenslanger Haft. Außerdem bestätigte das Gericht Todesurteile gegen zehn weitere Führungspersonen der Muslimbruderschaft, von denen sich die meisten jedoch auf der Flucht befinden.

Badie war bereits zuvor von einem Gericht im oberägyptischen Minia zusammen mit mehr als 180 Anhängern wegen Beteiligung an gewalttätigen Protesten und Mord zum Tod verurteilt worden. Diese Urteile bedürfen jedoch noch der Bestätigung durch den obersten islamischen Rechtsgelehrten.

Proteste nach drastischen Benzinpreiserhöhungen

Im Kampf gegen das Haushaltsdefizit beschloss die Regierung den Abbau von Subventionen für Benzin und weitere Güter ab dem 05.07.14. Präsident al-Sisi hatte die Regierung aufgefordert, das Haushaltsdefizit von zwölf auf zehn Prozent zu senken. Staatliche Subventionen für Lebensmittel und Benzin machten bisher etwa ein Drittel des Haushaltsbudgets aus. Da sich der Benzinpreis durch den Subventionsabbau um etwa 80 Prozent erhöhte, protestierten Taxifahrer und andere Bürger gegen die Maßnahmen.

Präsident al-Sisi strebt eine größere finanzielle Unabhängigkeit Ägyptens von den Golfstaaten an. Bisher unterstützen Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate Ägypten mit Milliardenbeträgen. Sie befürworten die Politik al-Sisis gegen die Muslimbruderschaft, da sie in den Islamisten eine Bedrohung auch für ihre Herrschaft sehen. Al-Sisi will sich seinen Landsleuten jedoch selbst als Urheber eines wirtschaftlichen Aufschwungs präsentieren.

Nigeria

Schwere Gefechte zwischen Boko Haram und Sicherheitskräften

Laut Angaben des Militärs griffen Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram in der Nacht des 04.07.14 in der Stadt Damboa (Verwaltungssitz der gleichnamigen LGA im nordöstlichen Bundesstaat Borno) die dortige Militärbasis sowie Polizeistationen an. Bei den Gefechten zwischen der Boko Haram und den Sicherheitskräften seien 53 der Angreifer und sechs Soldaten getötet worden. Die Zahlen sind bisher nicht von unabhängiger Seite verifiziert. Das nigerianische Militär ist bekannt dafür, eigene Verluste oft geringer anzugeben und die Zahl getöteter Rebellen zu übertreiben.

Über 60 von Boko Haram entführte Frauen wieder in Freiheit

In Pressemeldungen vom 07.07.14 wird meist unter Berufung auf einen lokalen Milizenführer berichtet, dass es etwa 63 mutmaßlich von der Boko Haram Mitte Juni aus dem Dorf Kummabza (Kumanza) und umliegenden Siedlungen (Damboa LGA, Bundesstaat Borno) entführten Frauen und Mädchen gelungen sei, ihren Kidnappern zu entkommen. Sie hätten die Gelegenheit zur Flucht genutzt, als sich die Entführer zu einem Kampfeinsatz nach Damboa (siehe obige Meldung) begeben hatten. Offizielle Stellen der Bundesregierung und des Bundesstaates Borno haben bisher weder die Entführung noch die Befreiung der Frauen bestätigt.

Über 50 Tote bei Autobombenanschlag in Maiduguri

Am 01.07.14 detonierte in Maiduguri, Hauptstadt des nordnigerianischen Bundesstaates Borno, eine Autobombe vor dem „Montagsmarkt“ beim Elkanemi-Verkehrskreisel. Durch die Explosion starben über 50 Personen, darunter mehrere Angehörige der Bürgerwehr „Civilian Joint Task Force“, die das verdächtige Fahrzeug untersuchen wollten. Fast 70 Menschen wurden teils schwer verletzt.

Boko-Haram-Zelle ausgehoben

Am 30.06.14 gab das Militär bekannt, dass die Mitglieder einer „Spionagezelle“ der Boko Haram verhaftet worden seien. Der Anführer der Zelle, der Geschäftsmann Babuji Ya'ari, habe seit 2011 in Maiduguri mehrere tödliche Anschläge der Gruppe koordiniert. Auch sei er ein Hauptbeteiligter an der im April 2014 in Chibok erfolgten Entführung von über 200 Schulumädchen gewesen. Zudem habe er Ende Mai 2014 den tödlichen Anschlag auf den Emir von Gwoza geleitet. Zur Tarnung sei er Mitglied in der Civilian Joint Task Force gewesen.

Kenia

Zwei Anschläge fordern Todesopfer

Bei zwei Anschlägen in Hindi im Bezirk Lamu sowie auf eine Polizeistation in Gamba im Bezirk Tana River töteten Angreifer am 05.07.14 insgesamt je nach Quelle mindestens 21 oder 29 Menschen. In Gamba befreiten sie muslimische Gefangene aus der Polizeistation. Die al-Shabaab bekannte sich zu beiden Anschlägen. Ein Vertreter der Polizei machte allerdings die kenianische Organisation Mombasa Republican Council (MRC) dafür verantwortlich, die separatistische Ziele verfolgt.

Uganda

Dutzende Tote bei Angriffen auf Polizei und Militär

Bei Angriffen auf Polizeistationen und Kasernen am 05.07.14 in den im Grenzgebiet zur DR Kongo gelegenen Distrikten Kasese, Ntoroko und Bundibugyo wurden 41 der Angreifer sowie mehrere Polizisten und Zivilisten getötet. Nach Angaben der Sicherheitskräfte sollen Rivalitäten zwischen ethnischen Gruppen die Vorfälle ausgelöst haben.

Mali

Toter bei Explosion einer Landmine

Am 30.06.2014 wurde bei der Explosion einer Landmine ein Soldat getötet und sechs weitere verletzt, drei davon schwer. Die Soldaten der UN-Friedenstruppen, alle sieben aus Burkina Faso, waren außerhalb der Stadt Goundam bei Timbuktu auf eine Landmine gefahren.

Somalia

Selbstmordanschlag vor dem Parlament

Bei einem Selbstmordanschlag mit einer Autobombe starben am 05.07.14 vor dem Parlamentsgebäude in Mogadischu der Attentäter und mindestens drei weitere Personen. Die al-Shabaab bekannte sich zu der Tat.

Parlamentarier ermordet

Die al-Shabaab bekannte sich zur Ermordung eines Parlamentsmitglieds am 03.07.14. Der Abgeordnete, das vierte Opfer der Islamisten unter Somalias Parlamentariern innerhalb von sechs Monaten, sowie sein Leibwächter wurden nach dem Verlassen einer Moschee auf dem Weg ins Parlament erschossen. Ein weiterer Abgeordneter und ein Mitarbeiter des Parlaments sollen schwer verletzt worden sein.

Sudan

Clankämpfe in Kordofan

Nach Angaben staatlicher Medien vom 03.07.14 sollen bei Kämpfen zwischen zwei Clans der arabischen Misseriya in Westkordofan um Land in der Nähe eines Ölfelds mindestens 150 Menschen getötet und 100 verletzt worden sein.

Westafrika

Rotes Kreuz setzt Ebola-Einsatz in Guinea aus

Das Rote Kreuz hat den Hilfeinsatz in Guinea zur Bekämpfung der Ebola-Epidemie aus Sicherheitsgründen vorübergehend ausgesetzt, nachdem bewaffnete Einheimische Helfer in einem markierten Rot-Kreuz-Fahrzeug bedroht hatten. Der Vorfall ereignete sich in Gueckedou etwa 650 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Conakry.

Die WHO vermeldete unterdessen einen erneuten Anstieg der Ebola-Infektionen in Guinea, Liberia und Sierra Leone auf 759 Fälle mit bislang 467 Toten seit Februar 2014.

Nach Sierra Leone hat auch die Staatsführung in Liberia mit Strafverfolgung gedroht, falls Bürger einer Ebola-Infektion verdächtige Verwandte verstecken.

Senegal

Dionne wird neuer Ministerpräsident

Nach dem Rücktritt von Ministerpräsidentin Touré wurde Mohamed Dionne von Präsident Sall am 06.07.14 zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Zwei Tage zuvor war Aminata Touré nach einer herben Niederlage ihrer regierenden Partei APR bei den Kommunalwahlen nach zehnmonatiger Amtszeit zurückgetreten.

Ukraine

Militäroffensive gegen Separatisten - Ukrainische Armee rückt auf Donezk vor

Bei ihrem Vormarsch auf die Rebellenhochburg Donezk hat die ukrainische Armee am vergangenen Wochenende mit Artemiwsch und Druschkiwka zwei weitere Städte aus der Hand der prorussischen Separatisten zurückerobert. Zuvor hatten die Regierungstruppen bereits die Rebellenbastionen Slawjansk und Kramatorsk zurückerobert. Die prorussischen Separatisten zogen sich daraufhin nach Donezk knapp hundert Kilometer

südlich von Slawjansk zurück. Auch aus dem Ort Kostjantyniwka rückten die Rebellen ab. Staatspräsident Poroschenko bezeichnete die jüngsten Erfolge der ukrainischen Armee als Wendepunkt im Kampf gegen die Separatisten. Mit einer militärischen Belagerung der Großstädte Donezk und Lugansk will die ukrainische Armee nun die Separatisten zur Aufgabe zwingen.

Währenddessen kündigten die prorussischen Separatisten erbitterten Widerstand an. Separatistenführer Denis Puschilin schrieb am 06.07.14 auf Twitter, Donezk bereite seine Verteidigung vor. „All unsere Truppen sind hier konzentriert. Die Verteidigung von Donezk wird ein Wendepunkt sein. Wir werden siegen.“ Mehr als 2000 Anhänger der selbsternannten „Volksrepublik Donezk“ versammelten sich am selben Tag im Zentrum der Stadt, um ihren Willen zur Verteidigung ihrer Hochburg zu erklären. Der bewaffnete Aufstand der Separatisten hatte im März 2014 begonnen. Seitdem wurden mindestens 470 Menschen getötet.

Serbien/Bosnien und Herzegowina

Internationale Geberkonferenz für Hochwasserschäden

Nach den katastrophalen Überschwemmungen im Mai, die in Serbien und Bosnien (auch in Kroatien) enorme Schäden anrichteten, wird am 16.07.14 in Brüssel eine internationale Geberkonferenz stattfinden. Insgesamt waren drei Millionen Menschen (darunter ca. 10.000 Roma) direkt oder indirekt von den Fluten betroffen; über 70 Tote sind zu beklagen. Die Schäden in Bosnien werden auf bis zu zwei Milliarden Euro geschätzt, für Serbien liegen noch keine Zahlen vor.

In Serbien wurden über 1.800 Gebäude zerstört. 2.500 - 3.000 Gebäude sowie zahlreiche Brücken, Straßen, Schulen und Krankenhäuser sind beschädigt. Insgesamt mussten ca. 32.000 Menschen evakuiert werden. Ca. 5.000 Personen hatten zunächst in Notunterkünften Zuflucht gefunden, aktuell befinden sich noch rund 1.500 Personen in Notunterkünften (z.B. in Krnjaca bei Belgrad). Ca. 17.000 sind bei Freunden oder Verwandten untergekommen. In Bosnien wurden 75.000 Gebäude beschädigt, 2.000 sind vollkommen zerstört. Es mussten zunächst ca. 40.000 Menschen evakuiert werden; 1.262 Personen befinden sich aktuell noch in Notunterkünften.

UN-Organisationen stellten Soforthilfen im Wert von 1,5 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Darüber hinaus haben zahlreiche Organisationen (u.a. THW, IRK, Caritas, OXFAM, WHO, WFP) und viele andere Länder (Russland, Türkei, Norwegen, Schweiz, u.a.) Sach- und Geldhilfen bereitgestellt. Die EU leistete Soforthilfe in Höhe von 3 Millionen Euro, darüber hinaus stellt sie weitere 62 Millionen Euro für die Beseitigung der Hochwasserfolgen und den Wiederaufbau zur Verfügung. Nach Angaben der serbischen Regierungen hat das Land bislang Geldspenden im Wert von fast sieben Millionen Euro sowie Sachspenden im Wert von 19,5 Millionen erhalten.

Serbien/Bosnien und Herzegowina/ EJR Mazedonien

Bundestag stimmt für die Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsländer

Der Bundestag hat am 03.07.2014 den Gesetzentwurf (BT-Drs. 18/1528) der Bundesregierung zur Einstufung Serbiens, der EJR Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten auf Beschlussempfehlung des Innenausschusses (BT-Drs. 18/1954) angenommen. Damit gelten diese Staaten als sichere Herkunftsstaaten im Sinne des Asylverfahrensgesetzes. Dem Gesetz muss noch der Bundesrat zustimmen.

EJR Mazedonien

Gewaltsame Proteste von ethnischen Albanern

In Skopje haben sich am 04.07.14 tausende junge Angehörige der albanischen Volksgruppe Straßenschlachten mit der Polizei geliefert, dabei wurden 20 Polizisten und mehrere Demonstranten verletzt. Auslöser war die lebenslange Haftstrafe für sechs Albaner, die vor zwei Jahren fünf Mazedonier ermordet haben sollen. Die Demonstranten warfen der Justiz vor, politisch motiviert gehandelt zu haben.

Am 06.07.14 kam es in Tetovo bei Protesten von rund 600 Jugendlichen ebenfalls zu schweren Ausschreitungen.

In Mazedonien machen albanische Volkszugehörige fast ein Drittel der Bevölkerung aus, sie klagen häufig darüber, diskriminiert zu werden. Immer wieder kommt es in dem Land zu ethnischen Spannungen.

Myanmar

Antimuslimische Gewalt

In Mandalay, der zweitgrößten Stadt des Landes, kam es in dem vorwiegend von Muslimen bewohnten Viertel Chan Aye Tharzan in der Nacht vom 01. auf den 02.07.14 sowie in der folgenden Nacht zu Übergriffen auf Muslime. Auslöser war ein Bericht in sozialen Medien über die angebliche Vergewaltigung einer Buddhistin durch den muslimischen Besitzer eines Teeladens; manche Quellen berichten von zwei Tätern. Fahrzeuge, Geschäfte und Häuser von Muslimen sowie eine Moschee wurden beschädigt. Am 02.07.14 starben ein Muslim und ein Buddhist, als sie jeweils von einem Mob angegriffen wurden. Die Polizei verhängte am 03.07.14 eine nächtliche Ausgangssperre. Vier Personen wurden festgenommen.

China

Hongkong: Festnahmen nach Großdemonstration

Am Jahrestag der Rückgabe der ehemaligen britischen Kronkolonie Hongkong an China (01.07.97) demonstrierten Zehntausende friedlich für freie und direkte Wahlen. Nach Polizeiangaben versammelten sich 92.000 Menschen, die Veranstalter gingen von 510.000 aus. Nach der Demonstration veranstalteten hunderte Aktivisten im Finanzdistrikt über Nacht eine Sitzblockade, die von der Polizei am 02.07.14 aufgelöst wurde. 511 Personen wurden festgenommen, darunter drei Abgeordnete der Opposition. Am 04.07.14 nahm die Polizei fünf Organisatoren der Demonstration fest.

Peking hatte in einem im Juni 2014 veröffentlichten Weißbuch klargestellt, dass der Grad an Autonomie, den Hongkong genieße, einzig und allein vom guten Willen der chinesischen Regierung abhängt.